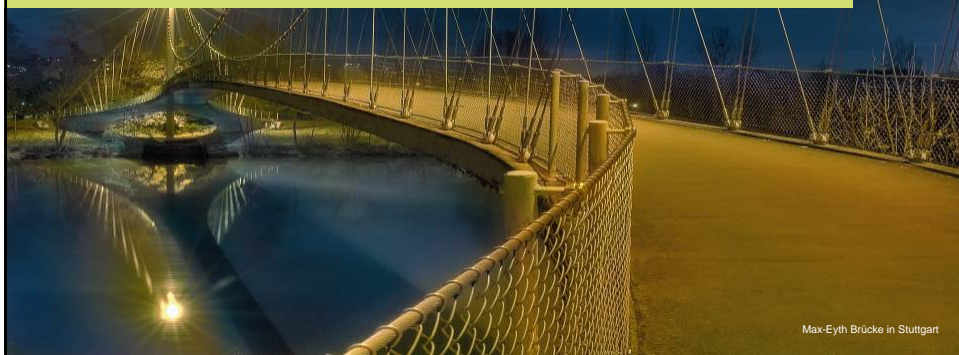


Brückenbauer zwischen Recht und Wirtschaft



Max-Eyth Brücke in Stuttgart

Ursula Augsten

RP RICHTER & PARTNER

Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Aktuelle Schwerpunkte bei Steuerprüfungen im Krankenhaus

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

I. Prüfungsschwerpunkt Körperschaftsteuer

Körperschaftsteuer 1. Krankenhausbetrieb

§ 67 AO regelt den steuerlichen Begriff des Krankenhauses

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

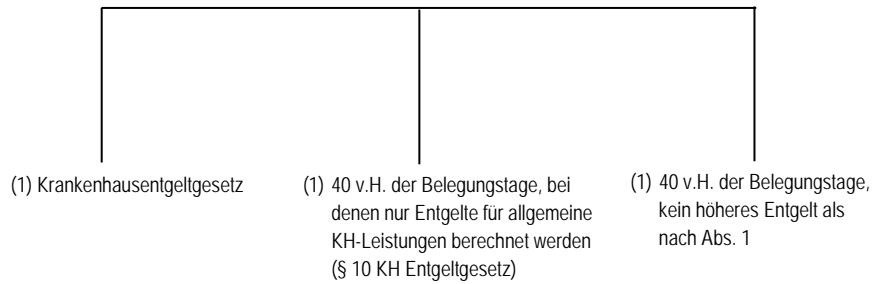
„(1) Ein Krankenhaus, das in den Anwendungsbereich des Krankenhausentgeltgesetzes oder der Bundespflegesatzverordnung fällt, ist ein Zweckbetrieb, wenn mindestens 40 Prozent der jährlichen Belegungstage oder Berechnungstage auf Patienten entfallen, bei denen nur Entgelte für allgemeine Krankenhausleistungen (§ 7 des Krankenhausentgeltgesetzes, § 10 der Bundespflegesatzverordnung) berechnet werden.“

b) Ein Krankenhaus, das nicht in den Anwendungsbereich des Krankenhausentgeltgesetzes oder der Bundespflegesatzverordnung fällt, ist ein Zweckbetrieb, wenn mindestens 40 Prozent der jährlichen Belegungstage oder Berechnungstage auf Patienten entfallen, bei denen für die Krankenhausleistungen kein höheres Entgelt als nach Absatz 1 berechnet wird.

Körperschaftsteuer

1. Krankenhausbetrieb

Krankenhaus = Zweckbetrieb



RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Körperschaftsteuer

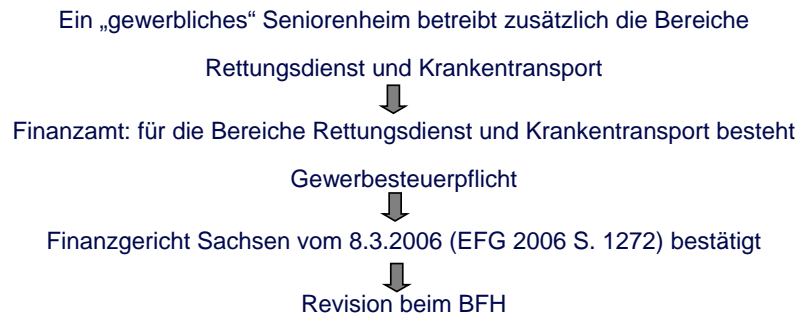
1. Krankenhausbetrieb

- Neue Entwicklung: Prüfung der Belegungstage
- Prüfung zusätzlich erbrachter Wahlleistungen
 - besondere Unterbringung (z.B. Einbettzimmer)
 - besondere Ausstattung der Zimmer
 - bessere Verpflegung
 - fallen nicht über die 40 v.H. Grenze
- Hinweis: Revisionsverfahren BFH (V R 5/08)
 - hängt es vom Abrechnungsmodus ab, welche Krankenhausleistungen bei der Besteuerung § 67 AO einzubeziehen sind
 - welche Vergütungsbestandteile der BPfIV sind in den Entgeltvergleich einzubeziehen (Frage der Einbeziehung von Sonderentgelten)

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

2. Neuere Entwicklung Abgrenzung Zweckbetrieb Wohlfahrtspflege als Zweckbetrieb

Urteil des BFH vom 18.9.2007 (Az. I R 30/06, BStBl 2009 II S. 126)



RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

2. Neuere Entwicklung Abgrenzung Zweckbetrieb Wohlfahrtspflege als Zweckbetrieb

Urteil des BFH vom 18.9.2007 (Az. I R 30/06, BStBl 2009 II S. 126)

- BFH:**
- Krankentransport und Rettungsdienst fallen nicht unter die Befreiung des § 3 Nr. 20d GewStG
(keine Einrichtung zur Aufnahme pflegebedürftiger Personen)
Anm.: § 3 Nr. 6 GewStG war grundsätzlich nicht zu prüfen, da nicht gemeinnützig
 - Wettbewerbsneutralität und Möglichkeit der Konkurrentenklage geprüft
↓ - BFH prüft das Erfüllen des § 66 AO trotzdem an:
 - objektive Aussicht Gewinne zu erzielen
 - allgemeinwohldienende Aufgabe nicht ausreichend für § 66 AO↓ - Verpflichtungsklage
(vgl. EuGH: Feuerbestattungsverein Halle, DStR 2006 S. 1082)

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

2. Neuere Entwicklung Abgrenzung Zweckbetrieb Wohlfahrtspflege als Zweckbetrieb

AEAO Nr. 6 zu § 66 AO

„Der Krankentransport von Personen, für die während der Fahrt eine fachliche Betreuung bzw. der Einsatz besonderer Einrichtungen eines Krankentransports oder Rettungswagens erforderlich ist oder möglicherweise notwendig wird, ist als Zweckbetrieb zu beurteilen. Dagegen erfüllt die bloße Beförderung von Personen, für die der Arzt eine Krankenfahrt (Beförderung in Pkw, Taxen oder Mietwagen) verordnet hat, nicht die Kriterien nach § 66 Abs. 2 AO“

Einheitliche
Ermessensrichtlinie für
die Finanzverwaltung
↓
keine
Konkurrentenklage

Art. 3 Abs. 1 GG
nur ableitbarer
Anspruch auf
gleichmäßige
Ermessensausübung

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

2. Neuere Entwicklung Abgrenzung Zweckbetrieb Wohlfahrtspflege als Zweckbetrieb

Reaktion der Finanzverwaltung

BMF: Veröffentlichung im Bundessteuerblatt vorgenommen

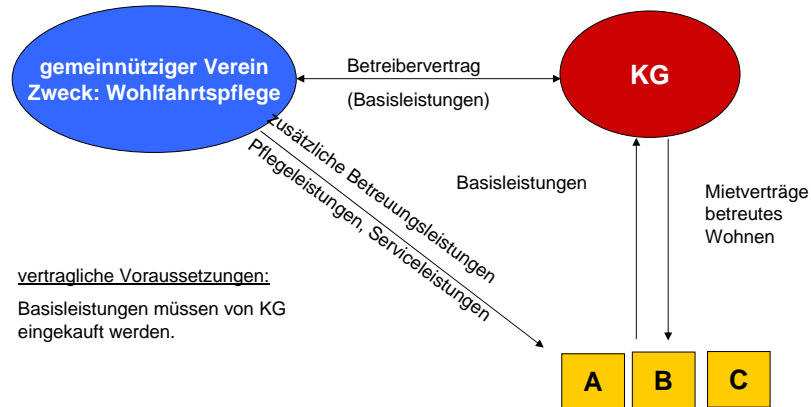
aber: Anwendungserlass mit Klarstellung der
Anwendung

➡ bisherige Regelung der AEAO gelten weiter

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

2. Abgrenzung Zweckbetrieb Neues Urteil des BFH zum betreuten Wohnen

BFH vom 16.12.2009 (DStR 2010 S. 599 f.)



Vorinstanz: Sächsisches Finanzgericht vom 02.04.2008 (EFG 2008 S. 1851):
Basisleistungen sind Zweckbetrieb

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

2. Abgrenzung Zweckbetrieb Neues Urteil des BFH zum betreuten Wohnen

Basisleistungen i.R. des betreuten Wohnens

Kein Zweckbetrieb der Wohlfahrtspflege,

- da nicht überwiegend der Personengruppe des § 53 AO gewidmet

Keine unmittelbare Leistungserbringung (Vertrag mit KG)

- Verein war nur Erfüllungsgehilfe (nicht ausreichend)

Kein Zweckbetrieb i.S.d. § 65 AO

- Wettbewerbsklausel nicht erfüllt
- Unterstützung der steuerpflichtigen Personengesellschaft durch Tätigkeit
- Zwischenschaltung der KG nicht erforderlich zur Zweckerfüllung

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Körperschaftsteuer

3. Selbstversorgungsbetriebe

Zweckbetriebe sind auch:

- 2.a) landwirtschaftliche Betriebe und Gärtnereien, die der Selbstversorgung von Körperschaften dienen und dadurch die sachgemäße Ernährung und ausreichende Versorgung von Anstaltsangehörigen sichern,
- b) Andere Einrichtungen, die für die Selbstversorgung von Körperschaften erforderlich sind, wie Tischlereien, Schlossereien

wenn die Lieferungen und sonstigen Leistungen dieser Einrichtungen an Außenstehende dem Wert nach 20 vom Hundert der gesamten Lieferungen und sonstigen Leistungen des Betriebs – einschließlich der an die Körperschaften selbst bewirkten – nicht übersteigen.

Beispiele im KH-Bereich:

- Wäscherei
- Küche
- Labor etc.

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Körperschaftsteuer

3. Selbstversorgungsbetriebe

Selbstversorgungsbetriebe

Einrichtung zur Selbstversorgung der Körperschaft

Lieferung an Außenstehende
(auch Personal) soweit entgeltliche Abgabe,
max. 20 v.H. der gesamten
Lieferung und Leistung

kein Handelsbetrieb

keine Dienstleistungen

und kein zusätzliches
Personal und Betriebsausstattung

Hinweise: Buchna „Gemeinnützigkeit im Steuerrecht“ 9. Auflage, S. 351
Märkle/Alber „Der Verein im Zivil- und Steuerrecht“, 12. Auflage, S. 278

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Körperschaftsteuer

4. Zytostatika

Vorgeschichte der steuerlichen Behandlung

- Abgabe von Medikamenten an ehemals ambulante oder stationäre Patienten zur Überbrückung gegen gesondertes Entgelt
- Medikamentenlieferungen an ermächtigte Ambulanzen des Krankenhauses an Polikliniken, an Institutsambulanzen, an sozialpädiatrische Zentren, an ermächtigte Krankenhausärzte (soweit keine Innenumsätze) und an öffentlich Apotheken
- Medikamentenlieferung gegen gesondertes Entgelt an im Krankenhaus beschäftigte Personen
- Ausgabe von Medikamenten zur unmittelbaren Anwendung durch ermächtigte Krankenhausambulanzen an Patienten während der ambulanten Behandlung
- Abgabe von Medikamenten durch Krankenhausapotheken an Patienten **im Rahmen der ambulanten Behandlung** im Krankenhaus, wenn das Krankenhaus hierzu ermächtigt, bzw. vertraglich berechtigt ist.



steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb
Anwendung Regelsteuersatz (19 v.H.)

Hinweis: Kurzinformation der OFD Düsseldorf (Der Betrieb 2005, S. 532)
Verfügung des bay. Landesamts für Steuern vom 20.2.06 (S 0186-1 St 31 N)

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Körperschaftsteuer

4. Zytostatika

Zentrale Fragen

1. Sind Zytostatika ein Medikament
 - Spezialzusammenstellung
 - nicht in Apotheken "gehandelt"
 - keine serienmäßige Produktion
 - Abgabe i.R. ambulanter Behandlung
 - es liegt eine Medikamentierung vor



Finanzverwaltung: Medikament

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Körperschaftsteuer

4. Zytostatika

Zentrale Fragen

2. Gehört die Abgabe der Zytostatika zum Zweckbetrieb Krankenhaus
 - Abgabe im Rahmen der ambulanten Behandlung
 - Finanzverwaltung: keine Zuordnung von Tätigkeiten, die durch die Erweiterung des Apothekergesetzes möglich werden (GKV Modernisierungsgesetz)

➡ Finanzverwaltung: keine Zuordnung

Körperschaftsteuer

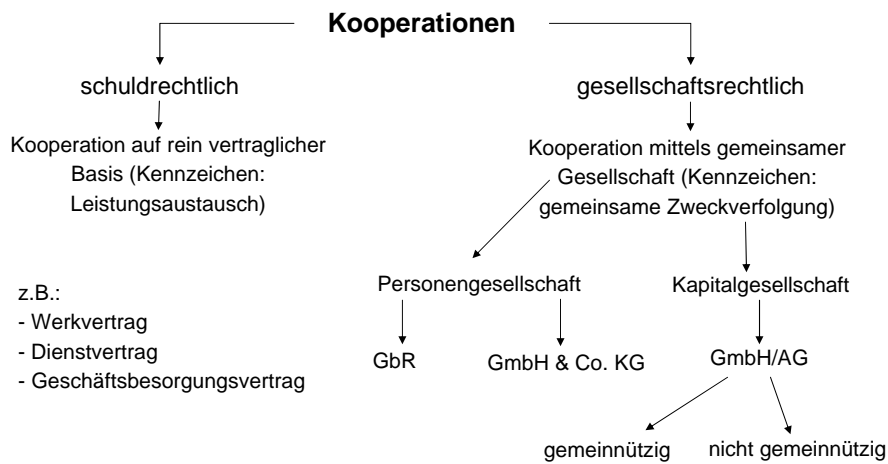
4. Zytostatika

Steuerliche Behandlung - Ergebnis

- Vorstoß Finanzministerium Baden-Württemberg zur Umsatzsteuerfreiheit der Zytostatika abgelehnt
 - Entscheidung BMF:
 - ambulante Abgabe an Patienten
 - Zytostatika wird als Medikament eingestuft
- ↓
- keine Anwendung der Umsatzsteuerbefreiung (OFD Karlsruhe vom 29.2.2008, S 7172)
 - steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb; Regelsteuersatz bei der Umsatzsteuer
- neu: anhängige Verfahren bei Finanzgerichten
Ausrichtung der Verfahren noch zu klären

Körperschaftsteuer

5. Kooperationsformen



Körperschaftsteuer

5. Kooperationen in einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (§§ 705 ff. BGB)

Wesensmerkmale

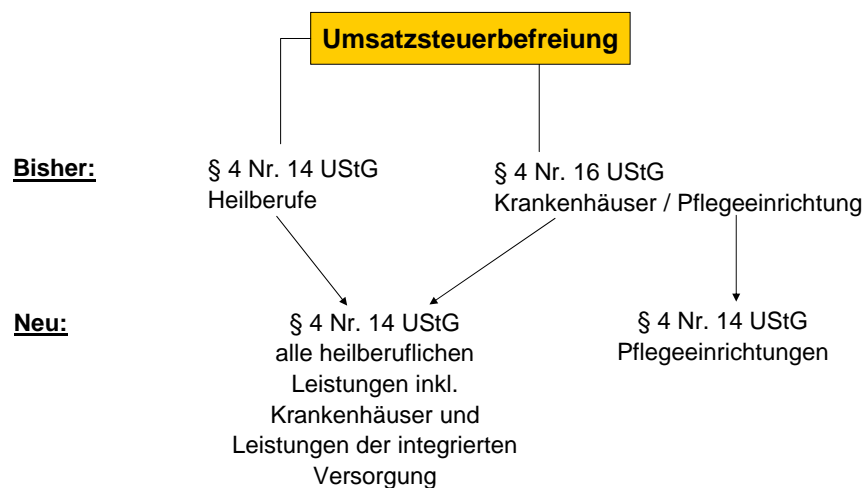
- Auf Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks gerichtet
- grundsätzlich gleiche Gesellschafterbeiträge
- ggf. gemeinsames Vermögen (Gesamthandvermögen)
- Gesellschaftsorgane (Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung)
- grundsätzlich formfrei (d.h. auch mündlich möglich)

➔ Abgrenzung zur Kooperation auf schuldrechtlicher Grundlage mitunter schwierig

➔ "unbeabsichtigte" GbR als Prüfungsschwerpunkt

II. Prüfungsschwerpunkt Umsatzsteuer

1. Umsatzsteuerbefreiung - Gesetzliche Neuregelung



1. Umsatzsteuerbefreiung - Gesetzliche Neuregelung

§ 4 Nr. 14b UStG lautet nunmehr:

- b) Krankenhausbehandlungen und ärztliche Heilbehandlungen einschließlich der Diagnostik, Befunderhebung, Vorsorge, Rehabilitation, Geburtshilfe und Hospizleistungen sowie damit eng verbundene Umsätze, die von Einrichtungen des öffentlichen Rechts erbracht werden. Die in Satz 1 bezeichneten Leistungen sind auch steuerfrei, wenn sie von:
 - aa) zugelassenen Krankenhäusern nach § 108 des fünften Buches Sozialgesetzbuch,
 - bb) Zentren für ärztliche Heilbehandlung und Diagnostik oder Befunderhebung, die an der vertragsärztlichen Versorgung nach § 95 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch teilnehmen oder für die Regelungen nach § 115 des Fünften Sozialgesetzbuch gelten,
 - cc) Einrichtungen, die von den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung nach § 34 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch an der Versorgung beteiligt worden sind,

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

1. Umsatzsteuerbefreiung - Gesetzliche Neuregelung

- dd) Einrichtungen, mit denen Versorgungsverträge nach den §§ 111 und 111a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch bestehen,
- ee) Rehabilitationseinrichtungen, mit denen Verträge nach § 21 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch bestehen,
- ff) Einrichtungen zur Geburtshilfe, für die Verträge nach § 134a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch gelten, oder
- gg) Hospizen, mit denen Verträge nach § 39a Abs. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch bestehen, erbracht werden und es sich ihrer Art nach um Leistungen handelt, auf die sich die Zulassung, der Vertrag oder die Regelung nach dem Sozialgesetzbuch jeweils bezieht, oder
- hh) von Einrichtungen nach § 138 Abs. 1 Satz 1 des Strafvollzugsgesetzes erbracht werden (Maßregelvollzug).

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

1. Umsatzsteuerbefreiung - Arten

- Krankenhausbehandlungen
- Ärztliche Heilbehandlung inkl. Diagnostik
- Befunderhebung
- Vorsorge
- Rehabilitation
- Geburtshilfe
- Hospizleistungen

1. Umsatzsteuerbefreiung - Gesetzliche Neuregelung

§ 4 Nr. 14 UStG

- Ärztliche Heilbehandlung
- Beschränkung auf Leistungen der Humanmedizin (wie bisher: keine tierärztliche Leistungen)
- Leistungen zum Zweck der Vorbeugung, Diagnose, Behandlung und soweit möglich zur Heilung von Krankheiten und Gesundheitsstörungen vorzubeugen
- Befähigung des Unternehmens zur Heilbehandlung (Katalogberufe oder ähnl. ärztliche Heilbehandlung)
- Unmittelbare Erbringung gegenüber Patienten nicht mehr als Merkmal
→ grundsätzlich möglich: Untersuchung, Attest, Gutachten)
(BMF: grundsätzlich möglich: Patient, Gericht, Sozialversicherung)
- Kryokonservierung umsatzsteuerfrei, wenn für den Fall einer Gesundheitsstörung
- Belegärzte umsatzsteuerfrei, wenn gegenüber Patienten erbracht.
- Befreiung von Hospizen und MVZ's

1. Umsatzsteuerbefreiung

- Voraussetzungen für die Umsatzsteuerbefreiungen

- Krankenhaus in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft
- zugelassenes Krankenhaus nach § 108 SGB V
(Plankrankenhaus)
- Krankenhäuser, die einen mit Versorgungsvertrag mit den Landesverbänden, Krankenkassen und Ersatzkassen abgeschlossen haben
- Medizinische Versorgungszentren (MVZ), die an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmen

Bea: BP verlangt stets Nachweis nach § 108 SGB V oder § 111 SGB V



2. Privatkrankenhäuser

Rechtsprechung

BFH vom 18.03.2004 bestätigt:

- § 4 Nr. 16 UStG a.F.: nur umsatzsteuerfrei, wenn Sozialkriterien des § 67 AO
- Der BFH hat damit entschieden, dass die Umsatzsteuerfreiheit von Krankenhausleistungen unabhängig von der Rechtsform und der Gemeinnützigkeit des Trägers gewährt werden kann, wenn die Sozialkriterien des § 67 AO erfüllt sind.



2. Sonderfall Privatkliniken

Jahressteuergesetz 2009

- Privatklinik als Bestandteil des Krankenhauses
→ Umsatzsteuerbefreiung möglich
- Privatklinik in eigener Rechtsform
→ grundsätzlich umsatzsteuerpflichtig, da keine Anerkennung nach § 108 SGB V
- Bundesrat-Drucksache zu JStG: Befürchtung, dass nicht alle Krankenhäuser befreit
→ erwartete Nachbesserung nicht erfolgt

(BMF vom 26. Juni 2009 TZ 40)

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

2. Sonderfall Privatkliniken

Mögliche Billigkeitsregelung der Finanzverwaltung

Privatklinik → keine Zulassung nach § 108 SGB V



Grund: kein Bedarf für dieses Krankenhaus
Nachweis durch Ablehnungsbescheid



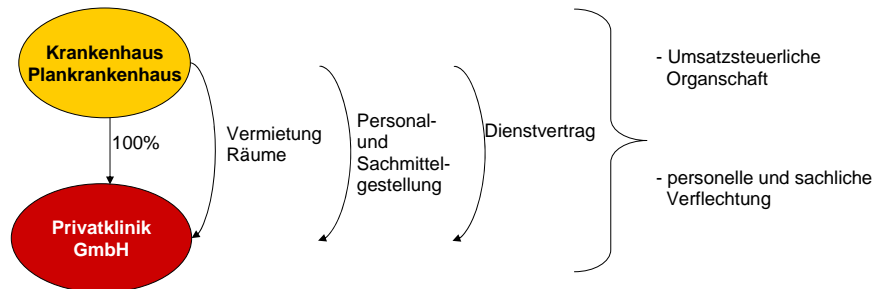
Umsatzsteuerbefreiung im Billigkeitswege

Anmerkung:
Derzeit wieder kritisch

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

2. Sonderfall Privatkrankenhäuser

Anwendung der Umsatzsteuerbefreiung bei Organschaft



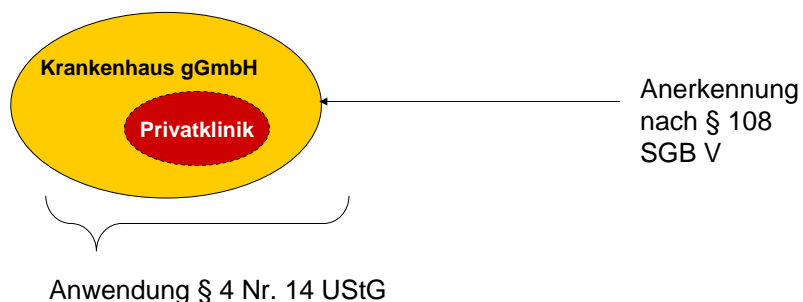
- keine einheitliche Einrichtung i.S.d. Umsatzsteuerbefreiungsvorschrift
- keine Anwendung der Umsatzsteuerbefreiung

neu: OFD Frankfurt vom 29.01.2010

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

2. Privatkrankenhaus

Steuerrechtlich möglich:



bea: Zulässigkeit der Anerkennung ist zu prüfen.

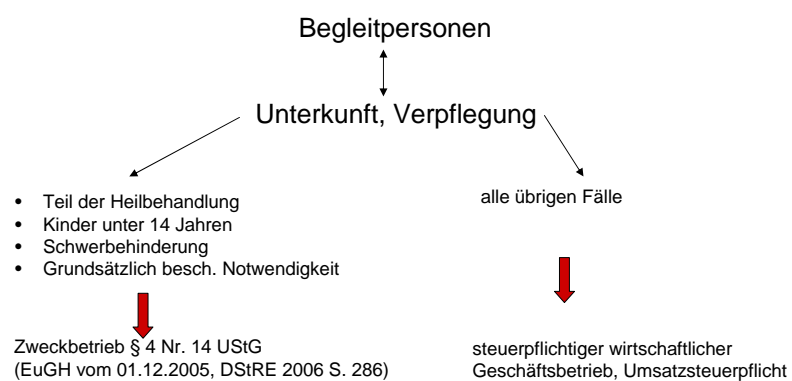
RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

3. Umsatzsteuerbefreiung „neue“ Privatpatienten

Privatpatienten

- Neuer Prüfungsschwerpunkt „ausländische Patienten“
- Preisargumentation (Hintergrund: höhere Abrechnungssätze)
- Enthaltene umsatzsteuerpflichtige Serviceleistung (TV, Security)

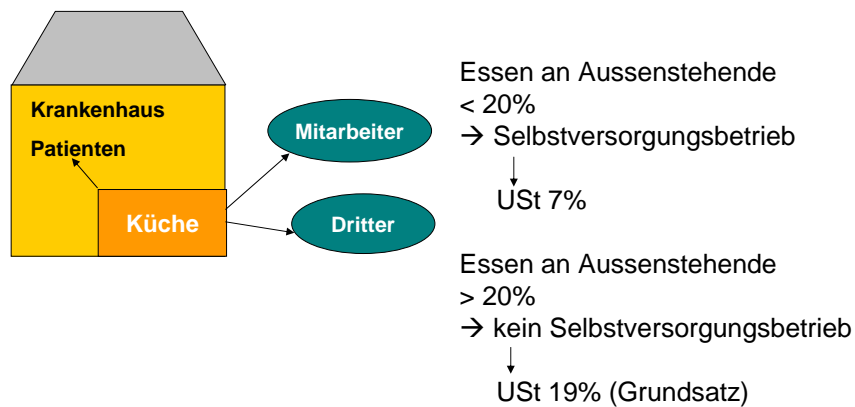
4. Begleitpersonen



Problem: Nachweisführung (Patentakten, Datenschutz)

6. Essenslieferung

Ausgangslage Selbstversorgungsbetrieb



6. Essenslieferung

Ausgangslage Selbstversorgungsbetrieb

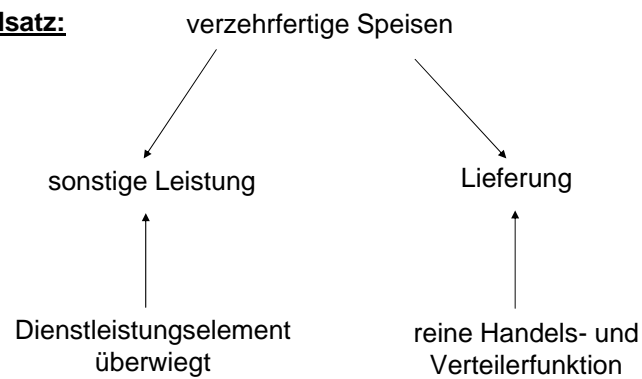
Küche ist kein Selbstversorgungsbetrieb
Küche ist Bestandteil der Service GmbH

↓
Umsatzsteuer grundsätzlich
mit Regelsteuersatz

↓
Ausnahmen: - BMF-Schreiben vom 16. Oktober 2008
(Anwendung für Krankenhäuser, Mahlzeitendienste,
Kantinen, Schulförderverein)
- "Der aktuelle Tipp" Finanzministerium Baden-
Württemberg zu Essenslieferung Schulen

6. Essenslieferung

Grundsatz:

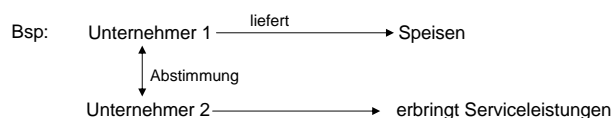


6. Essenslieferung

Überwiegen der Dienstleistungselemente – schädliche Leistungen

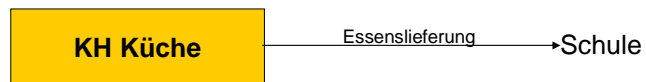
- Vorhandensein von Verzehrvorrichtungen, die genutzt werden
- Servieren der Speisen oder Gestellung des Servicepersonals
- Portionieren der Speisen einschließlich Ausgabe vor Ort
- Überlassung von Geschirr und Besteck
- Reinigung und Entsorgung überlassener Gegenstände (auch Essensbehälter)

bea: auch Bietergemeinschaften schädlich

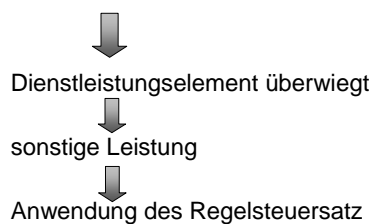


6. Essenslieferung

Beispiel



- KH Küche erbringt: Ausgabe des Essens
Reinigung von Geschirr und Besteck
Reinigung Tische



6. Essenslieferung

Neue Rechtsprechung

BFH vom 18.12.2008 (DStR 2009 S. 527)

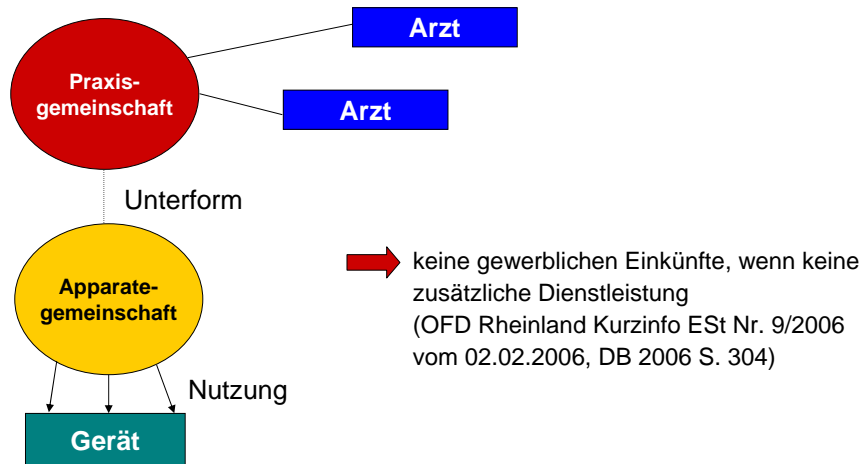
Schädliche Dienstleistungen

- Beratung hinsichtlich Menüzusammenstellung und Menge für bestimmte Anlässe
- restaurantübliches Anrichten auf Platten und Gefäßen
- Überlassung von Besteck und/oder Geschirr inklusive Platten
- Transport der Essen und Abholung der zum Gebrauch überlassenen Gegenständen zu Endreinigung
- Zubereitung zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem verzehrfertigen Gefäß

Finanzverwaltung: Aufnahme erst in UStR 2011

Umsatzsteuerbefreiung

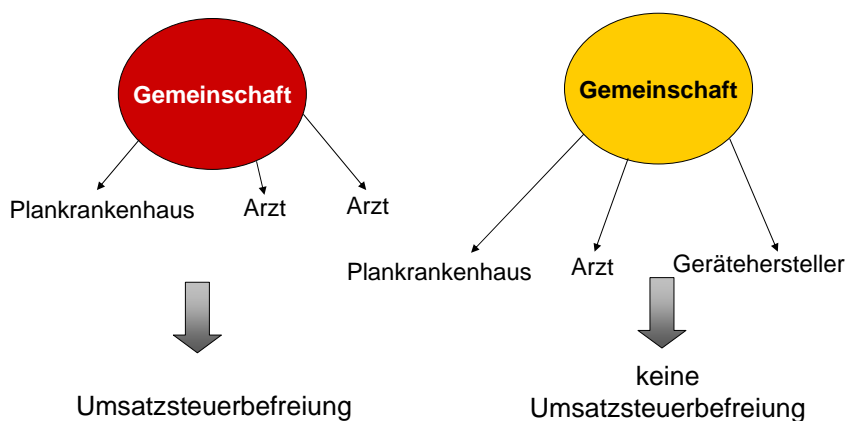
7. Praxis- und Apparategemeinschaften



RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Umsatzsteuerbefreiung

7. Praxis- und Apparategemeinschaften



RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Umsatzsteuerbefreiung

7. Praxis- und Apparategemeinschaften

Voraussetzung:

Gemeinschaft ist Unternehmer i.S.d. § 2 UStG

Hinweis: Apparategemeinschaft kann auch als BGB-Innengesellschaft auftreten

- Tätigkeit i.S.d. § 4 Nr. 14 UStG
- lediglich gem. Erstattung der Kosten der Mitglieder (Spitzabrechnung)

Neu: Ausdehnung auf:

Nutzungsaufteilung von OP-Sälen

medizinische Geräte

Laborleistungen (§ 25 Bundesmantelvertrags Ärzte)

Personalstellung auf Selbstkostenbasis

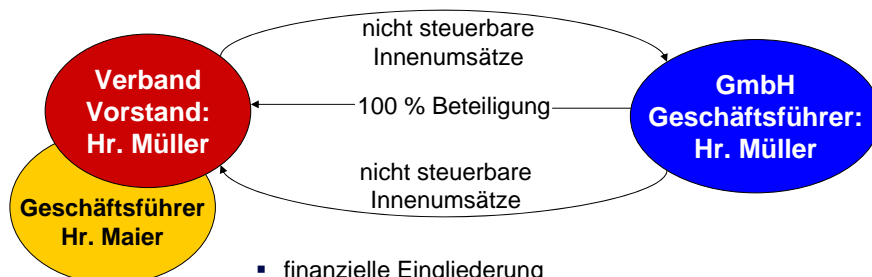
Keine Anwendung:

- Erledigung von Buchführung, Rechtsberatung, Tätigkeit ärztl. Verrechnungsstellen
→ Wettbewerb
- Überlassung Praxisräume
aber: § 4 Nr. 12 UStG

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Umsatzsteuer

8. Umsatzsteuerliche Organschaft



- finanzielle Eingliederung
⇒ Mehrheit der Stimmrechte
- organisatorische Eingliederung
⇒ z.B. Identität in der Geschäftsführung
- wirtschaftliche Eingliederung
⇒ ergänzende Tätigkeit
z.B. Leistungen für Verband

RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Umsatzsteuer

8. Umsatzsteuerliche Organschaft

BFH vom 5.12.2007, Az. V R 26/06, BStBl 2008 II S. 451

BFH vom 14.2.2008, Az. V R 12, 13/06, BFH/NV 2008 S. 1365

BFH vom 3.4.2008, Az. V R 76/05, BStBl 2008 II S. 905

Verschärfung der Grundsätze zur organisatorischen Eingliederung



Durchsetzung des Willens der Organe des Organträgers

Umsatzsteuer

8. Umsatzsteuerliche Organschaft

Zusätzliche Absicherung erforderlich, wenn

- mit mindestens einem Geschäftsführer der Organgesellschaft besteht keine Personalunion zum Organträger
- nicht umgesetzte formale Eingriffsrechte
- Geschäftsführer ohne Organstellung beim Organträger



Geschäftsordnungen

III. Prüfungsschwerpunkt Gewerbsteuer

Gewerbsteuer 1. Gewerbesteuerbefreiung

§ 3 Nr. 6 GewStG

Gewerbsteuerbefreiung
für gemeinnützige
Körperschaften

Voraussetzung: Gemeinnützigkeit



Ausschluss für steuerpflichtige
wirtschaftliche
Geschäftsbetriebe

§ 3 Nr. 20 GewStG

Gewerbsteuerbefreiung
für Krankenhäuser und
Pflegeheime

Voraussetzung: Sozialkriterien des
§ 67 AO erfüllt



Ausschluss nur für nicht
krankenhaustypische Leistungen
(BFH vom 20.09.1996, BStBl. 1997 III S. 90)

Gewerbesteuer

1. Gewerbesteuerbefreiung

FG Berlin-Brandenburg vom 21. Januar 2009: keine Anwendung des § 3 Nr. 20 GewStG für Krankenhäuser in gemeinnütziger Trägerschaft

Hinweis: Revision beim BFH unter Az.: I R 22/09
nicht mehr anhängig

/// RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

IV. Elektronische Betriebsprüfung

/// RICHTER
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart

Elektronische Betriebsprüfung

GdPdU (Grundsätze zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen)

- ab 1. Januar 2002 möglich
- für buchführungspflichtige Unternehmen
- Pflicht zur elektronischen Aufbewahrung und Archivierung steuerlich relevanter Vorgänge
- Anmerkung: keine Verpflichtung in Papierform empfangene Unterlagen digital bereitzustellen

Hinweis: Merkblatt Elektronische Betriebsprüfung der IHK Südwestsachsen

Elektronische Betriebsprüfung

Zugriffsarten

Unmittelbarer Zugriff

Der Prüfer greift unter Nutzung der unternehmenseigenen Hard- und Software auf die gespeicherten Daten zu und nimmt die Auswertungen vor.

Mittelbarer Zugriff

Das Unternehmen nimmt Auswertungen durch interne, mit dem System vertraute Personen nach Vorgaben der Verwaltung vor.

Unmittelbarer Zugriff

Dem Prüfer werden gespeicherte Unterlagen und Aufzeichnungen in maschinell auswertbarer Form zur Verfügung gestellt; Auswertung erfolgt mit DV der Verwaltung.

Elektronische Betriebsprüfung

Revisionssicherheit

Grundlegende Funktionen für die Erfüllung der Ordnungsmäßigkeit bei der Datenspeicherung

- Geordnete Aufbewahrung
 - Ordnerstruktur und vordefinierte Masken
 - Suchfunktion
- Unveränderbarkeit der Daten, sobald diese abgelegt sind
 - Kein Löschen von Dokumenten
 - Kein Ändern von Dokumenten
- Verhinderung von Datenverlusten

Elektronische Betriebsprüfung

Vorgehen

- Fragebogen der Finanzverwaltung
- IDEA (Interarchiv Data Extraction Analysis) Prüfungssoftware



Datenfilterung, Sortiermethoden

Beispiel: • sind Rechnungsnummern fortlaufend vergeben
• Abgleich Lagerbestand und Ausgangsrechnung

- zusätzliche Prüfungsmakros werden nach und nach eingeführt
z.B. Umsatzsteuerbefreiung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ursula Augsten
Steuerberaterin / Partner

RP RICHTER & PARTNER
Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte
Bolzstrasse 3 • 70173 Stuttgart

Tel.: +49 (0)711 – 222 158-40
Fax: +49 (0)711 – 222 158-99
Email: ursula.augsten@rp-richter.de
www.rp-richter.de

 **RICHTER**
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
München Frankfurt Stuttgart